

E-18.10.18

An die Stadtpräsidentin
Frau Kathrin Oehme
Rathaus Norderstedt

16.10.18

Antrag der SPD-Fraktion
für die Sitzung der Stadtvertretung am ~~22.10.18~~ 06.11.2018

Sehr geehrte Frau Oehme,
die SPD-Fraktion bittet sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung der Sitzung am 06.11.2018 zu setzen:

Resolution der Stadtvertretung Norderstedt zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergaberechts in Schleswig-Holstein (Drs. 19/861)“

Unter diesem Top wird beantragt:

Die Stadtvertretung der Stadt Norderstedt fordert die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie die Landesregierung auf, im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens dafür einzutreten, dass:

- eine Änderung des Tariftreue- und Vergaberechts nicht zu Lasten von guter Arbeit, Sozialstandards und der Umwelt geht.
- einheitliche und verbindliche Ausschreibungskriterien bzw. Standards landesweit festgelegt werden.
- faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen auch weiterhin Bestandteil eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Schleswig-Holstein sind.
- eine nachhaltige Entwicklung auch weiterhin Bestandteil eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Schleswig-Holstein ist und Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen des Vergabeverfahrens verpflichtend berücksichtigt werden.
- Tariftreue verbindlich festgelegt wird und eine öffentliche Auftragsvergabe nur an Unternehmen erfolgt, die mindestens die Löhne zahlen, die in den jeweiligen repräsentativen Tarifverträgen der Branche vorgesehen sind.

- der schleswig-holsteinische Vergabemindestlohn weiter an die – ohnehin unterste – Lohngruppe des öffentlichen Dienstes gekoppelt und die Dynamisierung beibehalten wird.
- die bisherigen Bestimmungen zur Wertung unangemessen niedriger Angebote nicht entfallen.
- die Formulierung von sozialen und ökologischen Standards nicht ins wechselhafte Belieben von Vergabestellen gelegt wird.
- niemand in Beschäftigung und Beruf diskriminiert wird.
- Frau und Mann gleichgestellt sind.
- die Beschaffung von Produkten gefördert wird, die unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden.
- in der Wertschöpfungskette keine Kinderarbeit stattgefunden hat.
- eine zuverlässige Kontrolle der gesetzlichen Regelungen erfolgt.

Für die SPD-Fraktion

Katrin Fedrowitz

